Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 76 (1996)
Heft: 2

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Pfister

Lernschritte zu einer besseren politischen Kultur

Der Tag der Bundesratserneuerungswahlen wird in den Annalen von 1995 rot eingerahmt werden. Nicht wegen des Zauberformelrituals unter der Bundeshauskuppel, das sich dem 40-Jahr-Jubiläum nähert. Sondern wegen der Veröffentlichung eines kleinen Büchleins, das die Schweizer Öffentlichkeit in eine ungeahnte Aufregung versetzt hat. Und dies auch nicht in erster Linie aufgrund des Inhalts, der in ähnlich kritischer Zuspitzung schon in manchen Publikationen abgehandelt wurde, sondern weil eine illustre Liste von Schweizer Wirtschaftsführern den Buchdeckel ziert, die nicht weniger Gewicht auf die Waage des öffentlichen Interesses bringen als die Spitzen der Politik. Dies hatte zur Folge, dass einzelne prononcierte und wenig abgesicherte Thesen – vor allem jene zur Sozialpolitik – in ein bereits emotional aufgewühltes Umfeld wie Bomben einschlugen und fast panische Reaktionen auslösten.

Der Schock hat sich inzwischen gelegt und einer zwar kontroversen, aber doch substantiellen Diskussion Platz gemacht. Das Nachdenken hat nach den ersten, reflexartigen politischen Positionsbezügen zu Zwischentönen und Differenzierungen geführt, die man zuvor lange vermisst hatte. Allerdings sind vor allem psychologisch auch Blessuren übriggeblieben, die nur langsam verheilen. Im Rückblick hat wohl die ganze Debatte um den «Mut zum Aufbruch» einiges zum Lernprozess für den Umgang mit der vielgerühmten, aber fragil gewordenen politischen Kultur beigetragen.

Zum ersten ist klar geworden, wie tief die Gräben zwischen einer globalwirtschaftlichen und einer vorwiegend innenpolitischen Problemwahrnehmung geworden sind. Es kann ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass Manager und Politiker sich in ihren Werthaltungen nicht derart unterscheiden, wie es scheint, und dass sie sich persönlich auch durchaus verständigen können. Alle aber haben sie zwei Seelen in der Brust, die bewahrende, besitzstanderhaltende, die immer stärker die Politik dominiert, und die dynamische, chancen- und risikoorientierte, die in vielen Wirtschaftsbereichen zunehmend zur Bedingung des Überlebens wird. Die beiden Seelen machen Konflikte unvermeidbar. Eigentliche Zerreissproben erleben insbesondere die Verbände und Organisationen der Wirtschaft, welche die Interessen ihrer Mitglieder und Geldgeber mittels erprobter Kanäle in die traditionellen politischen Gefässe einschleusen sollten. Sie, aber vor allem auch die politischen Parteien müssen nun die Warnlampen erkennen, die einem anhaltenden Immobilismus ein böses Erwachen signalisieren.

Zum zweiten ist schmerzhaft bewusst geworden, dass die komplexen Zusammenhänge und Interdependenzen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat von unseren unzweifelhaft sachkompetenten Experten, Spezialisten und Stäben in Hochschulen, Wirtschaft und Verwaltung mangels Vernetzung unzureichend analysiert und synthetisiert werden. Es fehlen trotz vorhandenen Potentials die Brain-Trusts, die ein Grossprojekt wie die Neukonzeption des vielfältigen Sozialversicherungswesens von den historischen und ideologischen Fesseln lösen und in eine Gesamtschau integrieren können. Ähnliches gilt etwa für die Verkehrs- und die Landwirtschaftspolitik. Ohne die Fähigkeit zur «helicopter view» in den materiellen Problembereichen lassen sich auch die Rechnungen, die unbarmherzig in den öffentlichen Haushalten präsentiert werden, nicht ausgleichen. In diesem Bereich sind die Initiative und die Potenz der Wirtschaft gefordert.

Schliesslich sind auf allen Seiten Defizite in der Kommunikationsfähigkeit und Dialogbereitschaft offenbart worden. Diskussionssendungen im Fernsehen sind nötig, wenn man die Masse der Politikkonsumenten erreichen will, die in der Demokratie irgendwann eben doch das letzte Wort hat. Die unterhaltsame publizistische Arena kann jedoch weder die zähe politische Informations- und Überzeugungsarbeit ersetzen, die das Milizsystem immer stärker strapaziert, noch die zeitraubend intensive persönliche Auseinandersetzung zwischen den vielen oft allzu introvertierten Zirkeln in Wirtschaft und Politik. Der Dialog darf nicht zur blossen Show verkommen. Er muss besser organisiert und institutionalisiert werden. Es gilt, den dialektischen Diskurs zwischen kontroversen Interessen und Auffassungen zu üben. Damit wäre zuletzt auch der politischen Kultur an den Stammtischen gedient, die heute für viele Bürgerinnen und Bürger vor dem Bildschirm stattfindet. ✦

Marcello Foa

Italiens EU-Präsidialsemester

Kommt es zu Überraschungen?

Die Bevölkerung Italiens ist mit grosser Einmütigkeit pro-europäisch und für die Europäische Union. Möglicherweise kommt aus Italien jener Motivationsschub, welcher die Blockierungen löst, von denen niemand reden mag.

Die Italiener sind unbestrittenermassen ein Volk von überzeugten Europaanhängern. Angesichts dieser Voraussetzung wäre es nur vernünftig, der italienischen Regierung während ihres sechsmonatigen Präsidiums der Europäischen Union, das am 1. Januar dieses Jahres begonnen hat, grosse Erfolge zu prognostizieren. Welche andere Regierung kann auf eine derart überzeugte Unterstützung durch das Volk zählen? Keine, angefangen bei Deutschland, das nunmehr von allen als eine Art Vormacht des Kontinents betrachtet wird, wo jedoch gemäss den Resultaten der Meinungsforschung die Europa-Politik des Kanzlers Kohl von den Wählern nicht mitgetragen wird. Dennoch ist die Situation in Italien nicht so einfach – und auch nicht so glückverheissend. Denn eine etwas vertiefte Prüfung des Europäismus der Italiener zeigt, dass dieses Gefühl auf recht oberflächlichen Einschätzungen beruht. Das Volk des «Bel Paese» will ein geeintes Europa, weil es überzeugt ist, dass die Union es von allen Missgeschicken befreien wird, unter denen diese Nation leidet.

Im kollektiven Bewusstsein wird die Europäische Union in Italien als eine Art Zauberin wahrgenommen, die mit ihrem Zauberstab, ohne irgendwelche Opfer zu verlangen, jedes Problem lösen wird: Ende der Korruption und der Ineffizienz der öffentlichen Verwaltung; Zurückstutzen der Mafia und der Camorra; Sanierung der Staatsschulden; grossangelegte Investitionen, die allen Arbeit bringen werden. Kurz gesagt, die Europäische Union verkörpert das Gute, das über das Böse triumphiert. Die Meinungsumfragen ergeben nicht nur eine schwerwiegende, schier unglaubliche Ignoranz bezüglich der europäischen Vereinbarungen und dem Vertrag von Maastricht. Wenige wissen, was der Zusammenschluss im Gemeinsamen Markt bedeutet und welche Tragweite er hat. Zu den Ignoranten gehören nicht nur die Leute von der Strasse, auch Politiker legen eine geringe Sach- und Problemkenntnis an den Tag. Werden sie zu den Themen Europas befragt, antworten die Führer der Parteien sowohl der Rechten wie auch der Linken mit Gemeinplätzen. Innerhalb der einzelnen parlamentarischen Gruppierungen kennen nur zwei oder drei Personen die Materie gut; da sie jedoch als Spezialisten gelten, hört man wenig auf sie. Anlässlich der Parlamentsdebatte über Europa, die im letzten November stattfand, machte man sich beinahe lächerlich. Der Führer des «Polo di centrodestra», *Silvio Berlusconi,* unterschrieb zuerst eine Motion, welche den Maastrichter Vertrag anprangerte, doch schon nach wenigen Stunden änderte er seine Meinung und stimmte für eine Resolution, die genau das Gegenteil beinhaltete.

Bei näherem Hinsehen sind also die Voraussetzungen, unter denen Italien den sechsmonatigen Vorsitz angetreten hat, nicht sehr ermutigend. Was wird sich in diesem halben Jahr ereignen? Voraussagen sind schwierig. Vieles wird von den internen politischen Ereignissen abhängen, welche niemand in Italien ganz versteht und ganz durchschauen kann. Die Hofintrigen, die Ränkespiele, die ständig wechselnden Bündnisse, welche die Renaissance und andere historische Epochen kennzeichneten, haben die Zeiten überdauert. Heute fühlt sich jeder politische Leader als ein Machiavelli und führt sich entsprechend auf. Man kennt keine Moral, niemand hat grosse politische Visionen. Es zählt nur die Macht, in deren Namen sich alle autorisiert fühlen, jedwelche Mittel einzusetzen, auch die zynischsten und schamlosesten. Unter diesen Umständen kann die Dauer und die Vertrauenswürdigkeit der Regierungen nur von Kartenlegern und Wahrsagern vorausgesagt werden. Ich werde mich mangels hellseherischer Fähigkeiten darauf beschränken, die beiden plausibelsten Szenarien zu analysieren.

Das Szenario der Funktionäre und Technokraten

Dieses Szenario lässt sich wie folgt beschreiben: Den Parteien gelingt es nicht, sich auf eine Regierung zu einigen, und der Präsident der Republik, *Oscar Luigi Scalfaro,* löst die Kammern auf. Die Italiener werden mitten im Europa-Semester an die Urnen gerufen, was bedeutet, dass Italien erst gegen Mitte Mai eine neue Mehrheit und eine neue Regierung haben wird: zu spät also, um dem Präsidium der Europäischen Union ihr Gepräge zu verleihen. In diesem Fall ist die

Analyse rasch erstellt. Während des ganzen Semesters wird die europäische Aussenpolitik von einer Gruppe von Technokraten des Aussenministeriums geführt, welche eben dadurch, dass sie Funktionäre – wenn auch hochgestellte – sind und vom Parlament kein politisches Mandat erhalten haben, nichts anderes tun werden, als die dem Präsidium turnusmässig zustehenden Funktionen korrekt abzuwickeln. Sie werden die Institutionen der Gemeinschaft koordinieren. Rein formell werden sie tadellos arbeiten, jedoch keinerlei politische Initiative hervorbringen. An der wichtigsten Begegnung des Semesters – der Konferenz der Regierungen zur Revision des Vertrages von Maastricht, die am 29. und 30. März in Turin stattfinden wird – werden die Italiener sehr angenehme Gastgeber sein, doch die wirklichen Beschlüsse werden von den andern, den eigentlichen Protagonisten durchgesetzt werden, nämlich Deutschland, Frankreich und Grossbritannien. Dies ist – zugegeben – eine wenig interessante Perspektive.

Das Szenario der italienischen Zauberformel

Viel attraktiver ist das zweite Szenario, jenes, das eintreten würde, falls man sich über eine neue Regierung hätte einigen können, die höchstwahrscheinlich wieder vom scheidenden Ministerpräsidenten, dem Ex-Präsidenten der Banca d'Italia, *Lamberto Dini,* geleitet würde. In diesem Fall gäbe es zahlreiche angenehme Überraschungen. Was benötigt denn heute die Europäische Union wirklich? Einen Funken Phantasie und ein paar Einfälle, um aus der Krise herauszukommen, in welche die Gemeinschaft hineingeschlittert ist, als sie die Anwendbarkeit des Maastrichter Vertrages zu prüfen hatte. Wir wissen alle, dass die Möglichkeit der Fünfzehn, gemeinsam eine Einheitswährung vom Stapel zu lassen, eher gering ist, ungeachtet der Proklamation und der Marschtabellen, die Mitte Dezember am Gipfel von Madrid vorbereitet wurden. Bestenfalls wird der «Euro» in ein paar Ländern eingeführt werden, und Europa wird auf dramatische Art und Weise in zwei Gruppen aufgeteilt sein. Schlimmstenfalls müssen die Fünfzehn dann zur Kenntnis nehmen, dass es unmöglich ist, in Richtung Maastricht weiterzuschreiten: Dieser Fehlschlag würde jedoch dem Prestige, das Europa weltweit geniesst, einen schweren Schlag versetzen und könnte sogar die Europäische Union selbst extentiell gefährden. Die Geheimdiplomatie sucht seit Monaten nach dem schicksalshaften «dritten Weg», bisher allerdings erfolglos.

Wer kann nun eigentlich diesen neuen Impuls geben? Die Franzosen sicher nicht, die ja jetzt von einem so ungeschickten und unberechenbaren Präsidenten wie *Chirac* geführt werden. Die Deutschen auch nicht, da ihre einzige Sorge darin zu bestehen scheint, die Kriterien für die Zugehörigkeit zur Einheitswährung weiter zu verschärfen. Von den Engländern wissen wir alle, dass sie von einem ganz anderen Europa als jenem von Maastricht träumen. Ich wage die kühne Behauptung, dass die Italiener die Chance haben, eine Zauberformel zu finden, welche der Wirtschafts- und Währungsunion neuen Schwung verleiht. Und dies aus einem einfachen Grund: Italien ist das einzige Land auf der Welt, das unter Bedingungen prosperieren kann, die für jeden anderen Staat ein Ding der Unmöglichkeit wären.

In der Schweiz kann sich jeder, der ein Geschäft aufbauen will, eine genaue Vorstellung von den zu erwartenden Kosten und Schwierigkeiten machen. Er kann sich über die zu entrichtenden Steuern informieren sowie über die zu erledigenden bürokratischen Formalitäten und die notwendigen Bewilligungen. Wenn er einen Kredit benötigt, braucht er nur zu einer Bank zu gehen, um die Bedingungen zu erfahren. Nach wenigen Tagen weiss er, ob er Kredite bekommen wird, und er weiss auch, dass die Zinsen sehr niedrig sein werden. So ähnlich läuft es auch in den andern wirtschaftlich hochentwickelten Ländern, wie Deutschland, Österreich, den Vereinigten Staaten, ab. Im «Bel Paese», dem schönen Italien, ist alles sehr viel komplizierter. Eine Firmengründung dauert Ewigkeiten, die Bürokratie könnte kaum komplizierter und zermürbender sein, die steuerlichen Vorschriften sind so zahlreich und widersprüchlich, dass kein Unternehmer jemals sicher sein kann, ob er sie korrekt befolgt. Die Banken sind bei der Gewährleistung von Krediten extrem misstrauisch und verlangen einen Berg von unnötigen Dokumenten; für die Erteilung der definitiven Antwort brauchen sie Wochen, wenn nicht Monate. Und wenn sie sich endlich dazu herablassen, ein Unternehmen zu finanzieren, dann nur mit exorbitanten Zinssätzen zwischen 18 und 20 Prozent. Irgendein schweizerischer oder amerikanischer Unternehmer würde in Italien zwangsläufig scheitern, und zwar ohne eigene Schuld. Die Italiener hingegen erzielen – ungeachtet dieses Systems, das eigens dazu geplant zu sein scheint, eine gedeihliche unternehmerische Tätigkeit zu verunmöglichen – erstaunliche Resultate.

Während ganz Europa über die gegenwärtige Konjunktur jammert, erlebt Italien eine durchaus glanzvolle Epoche.

Niemand hat jemals rational begriffen, wie und warum es ihnen gelingt. Aber es gelingt ihnen. Wäh-

rend ganz Europa über die gegenwärtige Konjunktur jammert, erlebt Italien eine durchaus glanzvolle Epoche. 1995 nahm das Bruttoinlandprodukt um mehr als drei Prozent zu, die industrielle Produktion steigt schwindelerregend an, desgleichen die Exporte.

Abbild des Nord-Süd-Gefälles

Es ist eben diese Gewohnheit, unter unmöglichen Bedingungen beachtliche Resultate zu erzielen, die mich im Hinblick auf das italienische Semester optimistisch stimmt. Wenn sich die italienischen Politiker von den römischen Macht- und Ränkespielen befreien können, gelingt es ihnen oft, in der grossen Diplomatie die Gabe anzuwenden, welche die italienischen Industriellen täglich einsetzen, nämlich jene, unter unmöglichen Bedingungen aufsehenerregende Erfolge zu erzielen. Gleicht das heutige Europa und seine Union nicht in gewisser Weise dem italienischen Alltag? Lebt es nicht in einer politischen und sozialen Situation, die voller Widersprüche und vermeintlich unvereinbaren Forderungen ist? Ist es nicht ein bürokratischer Dschungel? Hat es nicht einen reichen Norden und einen armen Süden wie Italien? Führen sich seine Staaten nicht wie italienische Parteien auf, bereit, für ein bisschen mehr Macht sich gegenseitig ein Bein zu stellen? Ich meine, dies sei so. Und warum könnte man nicht die Italiener bitten, ein wenig von ihrem unvergleichlichen Talent und ihrer Genialität in Europa einzubringen? Dies um so mehr, als es in Rom und in Mailand Machtgruppen gibt, die seit einigen Monaten einen sehr starken Druck ausüben, damit die Regierung die nötigen Massnahmen trifft, um die Kriterien von Maastricht zu erfüllen. In Europa ist es Deutschland, das alle Länder zu finanziellen Härtemassnahmen und politischer Stabilität auffordert. In Italien wird diese Funktion von den Industriellen des Nordens wahrgenommen und von einem 87jährigen Herrn, der in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist, der aber de facto der Patron der italienischen Finanz ist: *Enrico Cuccia,* Präsident der einzigen italienischen Merchant Bank, der «Mediobanca».

Italiens Ambitionen

Die grossen Industriekonzerne Italiens (Fiat, Pirelli, Generali asssicurazioni, Barilla, Parmalat, Acciaierie Riva, Moratti usw.) argumentieren schon seit einiger Zeit im Geist und im Hinblick auf Europa. Sie schmieden Allianzen mit ihren deutschen, französischen und englischen Partnern. Sie wollen die von den neuen Märkten Osteuropas gebotenen Gelegenheiten ergreifen. Aus all diesen Gründen wollen sie keinesfalls aus der guten Stube des gemeinsamen Europa ausgeschlossen werden. Sollte dies dennoch eintreffen (und gemäss den Erwartungen der Europäischen Komission ist zurzeit ein Ausschluss sehr wahrscheinlich), so wissen sie, dass Italien, von einem riesigen Finanzdefizit und einem chronisch unterentwickelten Süden belastet, nach dem Mittelmeer absinken wird, anstatt sich in Richtung Mitteleuropa zu erheben.

Sodann gibt es noch einen anderen Faktor, der die *Cuccia* und *Agnelli* beschäftigt: die Konkurrenz Spaniens. In wirtschaftlicher Hinsicht ist Iberien noch weit von dem viel reicheren und produktiveren Italien entfernt. Doch die institutionelle Stabilität, die Effizienz seiner Bürokratie, die Ernsthaftigkeit seiner Politiker, sowohl auf der Rechten wie auf der Linken, verschafften Spanien auf internationaler Ebene ein hohes Prestige. In den europäischen Hauptstädten wird Madrid langsam als zuverlässiger und bedeutender eingestuft als Rom. Sollte sich diese Tendenz verfestigen, wäre der Schaden für die italienische Wirtschaft enorm. Deshalb werden die Hochfinanz und die Grossindustrie des Nordens alles unternehmen, damit die Regierung in Rom sich in diesem europäischen Halbjahr nicht nur keiner Blamage aussetzt, sondern vielmehr derart überraschende und positive Initiativen ergreift, dass es im Jahr 1999 für die andern Partner sehr schwierig sein wird, Italien aus der letzten Phase von Maastricht auszuschliessen. Cuccia und Agnelli haben einen Traum in der Schublade, nämlich zu zeigen, dass es möglich ist, zur Einheitswährung zu gelangen, ohne dass das Wirtschaftswachstum geopfert werden muss, was bisher in ganz Europa eingetreten ist, wo man, um sich den Kriterien von Maastricht anzunähern, derart drastische steuerliche Massnahmen ergreifen musste, dass die reale Wirtschaftstätigkeit beeinträchtigt wurde.

Es ist kein Zufall, dass der abtretende Ministerpräsident Lamberto Dini der frühere Präsident der Banca d'Italia ist und die abtretende Aussenministerin *Susanna Agnelli* eine Schwester des *Gianni Agnelli,* des Signor Fiat. Italien ist in der Tat nicht zu unterschätzen. Genialität, Improvisationsgabe, die Fähigkeit zu vermitteln und die Gegensätze aufzuheben, sind in einem ergrauten und erstarrten Europa recht seltene Gaben. Die wichtigste Begegnung, die Konferenz zur Revision des Maastrichter Vertrages, findet Ende März in Turin statt. Vielleicht können wir dann ein neues italienisches Wunder erleben. ✦

Marcello Foa wurde am 30. September 1963 in Mailand geboren. Seit 1975 wohnt er in Lugano. Doktorat in politischen Wissenschaften. Seine Laufbahn als Journalist begann er im Kanton Tessin und arbeitete zuerst bei der Gazzetta Ticinese, dann beim Giornale del Popolo. Seit 1989 arbeitet er für «Il Giornale», eine der grössten Tageszeitungen Italiens, wo er für die Auslandredaktion zuständig ist. – Der vorstehende Text wurde von Beatrice Bissoli aus dem Italienischen übersetzt.